



Zeitgeschichte für politisch Interessierte !



- unverbindliche Information

Wissenswertes aus vielen Bereichen - ein Mix aus Deutschland, Europa und der Welt

Die 16 Bundesländer: Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland Pfalz, Land Brandenburg, Berlin, Hamburg, Bremen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Saarland

Die 6 Gerichtsbarkeiten in Deutschland :

Bundesverfassungsgericht: Das oberste Gericht hat den Rang eines eigenständigen Verfassungsorgan u. entscheidet mit bindender Wirkung über die Auslegung des Grundgesetzes, über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern und über Verfassungsbeschwerden;

Ordentliche Gerichtsbarkeit: Für Straf- und Zivilsachen zuständig; sie wird ausgeübt von Amtsgerichten, Landgerichten, Oberlandesgerichten und dem Bundesgerichtshof;

Arbeitsgerichtsbarkeit: Befasst sich mit Streitigkeiten aus Arbeitsverhältnissen, Streitigkeiten zwischen Tarifpartnern sowie mit Angelegenheiten der Betriebsverfassung und Mitbestimmung; Instanzen sind: Arbeitsgericht – Landesarbeitsgericht – Bundesarbeitsgericht;

Verwaltungsgerichtsbarkeit: Befasst sich mit Rechts- und Streitfragen in der öffentlichen Verwaltung; Instanzen sind: Verwaltungsgericht – Verwaltungsgerichtshof – bzw. Oberverwaltungsgericht – Bundesverwaltungsgericht;

Finanzgerichtsbarkeit: Beschäftigt sich mit Steuer- und Abgabesachen; die beiden Instanzen sind die Finanzgerichte als obere Landesgerichte und auf Bundesebene der Bundesfinanzhof;

Sozialgerichtsbarkeit: Für Rechtstreitigkeiten aus dem Bereich der Sozialversicherung zuständig; Rechtsinstanzen sind: Sozialgericht – Landessozialgericht – Bundessozialgericht;

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland : Theodor Heuss (FDP) 1949-1959; Heinrich Lübke (CDU) 1959-1969; Gustav Heinemann (SPD) 1969-1974; Walter Scheel (FDP) 1974-1979; Carl Carstens (CDU) 1979-1984; Richard von Weizsäcker (CDU) 1984-1994; Roman Herzog (CDU) 1994-1999; Johannes Rau (SPD) 1999-2004; Horst Köhler 2004-2010; Christian Wulff (CDU) 2010 –

Sitz des Bundespräsidenten und Bundespräsidialamt / „Schloss Bellevue“ Spreeweg in Berlin Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland. Er vertritt die Bundesrepublik völkerrechtlich, schließt in ihrem Namen Verträge mit ausländischen Staaten und beglaubigt und empfängt die Botschafter und Gesandten. Er fertigt die nach den Vorschriften des Grundgesetzes zustande gekommenen Gesetze aus und verkündet sie. Er ernennt und entlässt die Mitglieder der Bundesregierung, die Parlamentarischen Staatssekretäre, die Beamten und Richter in Bundesdienst sowie die Soldaten und übt für den Bund das Begnadigungsrecht aus. Als Repräsentant der Ehrenhoheit des Bundes verleiht er Orden und Ehrenzeichen. Zur Durchführung seiner Aufgaben steht dem Bundespräsidenten das Bundespräsidialamt zur Verfügung. Es ist in Abteilungen für Inlands-Auslands- u. Zentralangelegenheiten, ein Pressereferat, ein Bürgerbüro sowie das Persönliche Büro des Bundespräsidenten gegliedert. Das Präsidialamt hat planende wie beratende Funktionen.

Baugeschichte und historischer Ort des Schlosses Bellevue

Das Areal, auf dem das Schloss Bellevue und der Neubau des Bundespräsidialamtes stehen, wurde im 18. Jahrhundert zunächst landwirtschaftlich genutzt. König Friedrich Wilhelm I. von Preußen hatte es um 1715 eingewanderten Hugenotten zur Anlage einer Maulbeerplantage überlassen, um die Seidenraupenzucht in Preußen heimisch zu machen. 1743 ging das Gelände in den Besitz des friderizianischen Baumeisters Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff über, der hier ein Wohnhaus – die „Knobeldorffsche Meierei“ errichtete. 1784 wurde das Grundstück vom jüngsten Bruder Friedrichs II. Prinz Ferdinand von Preußen erworben, der hier zwischen 1784 und 1787 unter der Leitung des Architekten Michael Philipp Boumann d.J. das Schloss Bellevue anlegen ließ, das er mit seiner Familie von 1785 bis zu seinem Tod 1813 bewohnte. Carl Gottfried Langhans, der Schöpfer des Brandenburger Tores, zeichnete für die Innenarbeiten verantwortlich (Langhans-Saal). Da das Schloss zunächst lediglich als Aufenthaltsort für die Sommermonate gedacht war, wurde auf eine übermäßig repräsentative Ausgestaltung der Räume verzichtet.

Das Schloss wurde schon bald zu einem Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens in der preußischen Hauptstadt. Unter anderem verkehrten hier um 1800 Friedrich Schiller sowie Wilhelm und Alexander von Humboldt. Nach der Niederlage Preußens gegen Frankreich bei Jena und Auerstedt und dem Einzug Napoleons I. in Berlin im Oktober 1806 empfing Prinz Ferdinand hier als letzter noch lebender Bruder Friedrichs II. den Kaiser der Franzosen. Von 1816 bis 1843 nutzte sein jüngster Sohn August das Schloss, das anschließend von König Friedrich Wilhelm IV. erworben wurde, der hier 1844 eine Gemäldegalerie einrichtete und den umliegenden Park der Öffentlichkeit zugänglich machte. Auch danach wurde das Schloss bis zum Ende der Monarchie 1918 von Mitgliedern der kaiserlich-königlichen Familie und hohen Offizieren genutzt. 1928 ging es in den Besitz des Freistaates Preußen über. Der Plan, den Amtssitz des Reichspräsidenten im Schloss unterzubringen, wurde allerdings verworfen. Statt dessen fanden seit 1929 wieder regelmäßig Kunstausstellungen statt. 1935 zog das Staatliche Museum für deutsche Volkskunde in das Schloss ein. Die beabsichtigte Nutzung als Reichsgästehaus führte 1938/39 zu baulichen Veränderungen durch Paul Baumgarten d.Ä. der den Haupteingang in die Mittelachse verlegte und das Gebäude um einen südlichen Anbau und ein größeres Treppenhaus ergänzte. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Schloss stark zerstört. Von der Hauptfassade blieben nur die Aussenwände stehen. In den Seitenflügeln, die den Krieg einigermaßen unbeschadet überstanden, wurden nach 1945 mehrere Privatwohnungen eingerichtet. 1954 erhielt das Schloss eine neue Bestimmung als zweiter Amtssitz des Bundespräsidenten in Berlin. Zu diesem Zweck wurde es zwischen 1955 und 1959 unter der Leitung des Architekten Karl-Heinz Schwennicke erneut umgebaut. Am 18. Juni 1959 konnte Bundespräsident Theodor Heuss das Haus offiziell einweihen. 1986/87 folgte eine gründliche Renovierung, wobei das historische Erscheinungsbild so weit wie möglich wiederhergestellt wurde. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands verkündete Bundespräsident Richard von Weizsäcker im März 1993 seinen Entschluss, ab dem Jahreswechsel 1993/94 den wesentlichen Teil seiner Aufgaben von Berlin aus zu erfüllen. Die Neujahrsempfänge vom 11. und 12. Januar 1994 für inländische Würdenträger und das Diplomatische Korps, die bereits im Bellevue stattfanden, markierten den Dienstsitzwechsel, der im März 1994 abgeschlossen war. Der frühere erste Amtssitz in Bonn – die Villa Hammerschmidt – wird seither nur noch als Aussenstelle genutzt. Da die Unterbringung des gesamten Bundespräsidialamtes im Schloss aus Platzgründen unmöglich war, wurde ein Neubau in unmittelbarer Nähe geplant. Aufgrund der Lage im Schlosspark sollte sich der Neubau dezent in das Umfeld einfügen; er durfte also weder das Schloss noch den Baumbestand im Park überragen. Aus dem Wettbewerb gingen im Juni 1994 die beiden Architekten Martin Gruber und Helmut Kleine-Kraneburg als Sieger hervor. Ihr Entwurf sah ein Bürogebäude im Stil eines ellipsenförmigen „Oval Office“ vor, das sich nach außen durch eine schwarze Granitfassade betont zurückhält, während es sich nach innen zu den Arbeitsräumen öffnet. Die Grundsteinlegung des Baus, dessen künstlerische Innengestaltung Lothar Baumgarten übernahm, erfolgte am 14. November 1996. Am 23. November 1998 konnte mit 165 Mitarbeiter das neue Präsidialamt seiner Bestimmung übergeben werden.

Kontakt: www.bundespraesident.de

Die Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland:

Konrad Adenauer (CDU) 1949-1963; Ludwig Erhard (CDU) 1963-1966; Kurt Georg Kiesinger (CDU) 1966-1969; Willy Brandt (SPD) 1969-1974; Helmut Schmidt (SPD) 1974-1982; Helmut Kohl (CDU) 1982-1998; Gerhard Schröder (SPD) 1998-2005; Angela Merkel (CDU) Sept.2005-

Gründung Deutschlands und Bundesrepublik: 18.Januar 1871 = Deutsche Reich/völkerrechtlich 1.Juli 1867 (Norddt.Bund) Gründung der Bundesrepublik, Grundgesetz wird verkündet: **23.Mai 1949 Konrad Adenauer wird der erste Bundeskanzler.** In den drei Westzonen und den Westsektoren Berlins verordnen die Besatzungsmächte USA, Großbritannien und Frankreich den Westdeutschen und West-Berlinern eine Demokratie nach westlichen Muster. Auf der Grundlage einer privatwirtschaftlichen Eigentumsordnung entsteht 1949 ein demokratischer Verfassungsstaat mit Mehrparteiensystem, Gewaltenteilung, pluraler Institutionenordnung und freien Wahlen: die Bundesrepublik Deutschland – ein Bollwerk gegen den Kommunismus.

Vorsitzende der SED (DDR): Wilhelm Pieck/Otto Grotewohl 1946-1950; Walter Ulbricht 1950-1971, Erich Honecker 1971-1989, Egon Krenz 1989, Gregor Gysi 1989-1990

Staatsoberhäupter der DDR: Wilhelm Pieck 1949-1960, Walter Ulbricht 1960-1973, Willi Stoph 1973-1976, Erich Honecker 1976-1989, Egon Krenz 1989, Manfred Gerlach 1989/90, Sabine Bergmann-Pohl 1990;

Deutschland: Die 25 deutschen Reichskanzler:

Otto Fürst von Bismarck 1871-1890; Leo Graf von Caprivi 1890-1894; Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst 1894-1900; Bernhard Fürst von Bülow 1900-1909; Theobald von Bethmann Hollweg 1909-1917; Georg Michaelis 1917; Georg Graf von Hertling 1917-1918; Max Prinz von Baden 1918; Friedrich Ebert (SPD) 1918; Philipp Scheidemann (SPD) 1919; Gustav Bauer (SPD) 1919-1920; Hermann Müller (SPD) 1920; Konstantin Fehrenbach (Zentrum) 1920-1921; Joseph Wirth (Zentrum) 1921-1922; Wilhelm Cuno (parteilos) 1922-1923; Gustav Stresemann (DVP) 1923; Wilhelm Marx (Zentrum) 1923-1924; Hans Luther (parteilos) 1925-1926; Wilhelm Marx (Zentrum) 1926-1928; Hermann Müller (SPD) 1928-1930; Heinrich Brüning (Zentrum) 1930-1932; Franz von Papen (Zentrum) 1932; Kurt von Schleicher (parteilos) 1932-1933; Adolf Hitler (NSDAP) 1933-1945; Karl Dönitz (NSDAP) 1945;

Europa: Stationen der Napoleonischen Kriege

Nach dem Staatsstreich 1799 errichtete Napoleon eine Militärdiktatur und provozierte mit seinen hegemonialen Ambitionen in Europa mehrere Kriege.

Erster Koalitionskrieg (1792-1797): Frankreich erklärt Österreich den Krieg, das sich mit Preußen, Sardinien, Neapel, den Niederlanden, Spanien, Portugal und England verbündet; Frankreich gewinnt linksrheinische Gebiete, 1792-1797.

Zweiter Koalitionskrieg (1799-1802): Napoleon besiegt die Österreicher entscheidend bei Marengo (1800).

Napoleons Plan: eines Landungsunternehmens in England wird 1805 durch Nelson Seesieg bei Trafalgar vereitelt.

Dritter Koalitionskrieg (1805-1806): Frankreich siegt bei Austerlitz über Russland und Österreich, das Gebiete verliert.

Vierter Koalitionskrieg (1806-1807): Preußen unterliegt dem napoleonischen Heer in der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt und erleidet Gebietsverluste.

Krieg in Spanien: Widerstand gegen französische Fremdherrschaft, 1808-1814.

Österreich unterliegt 1809 ohne Bundesgenossen den Franzosen und gibt weitere Territorien ab.

Russischer Feldzug: Nach dem Sieg bei Borodino wird Napoleons „Große Armee“ vollständig aufgerieben, 1812.

Befreiungskriege (1813-1815) fast aller europäischen Staaten gegen Napoleon führen zur Besetzung von Paris und enden mit Napoleons letzter Niederlage bei Waterloo.

Welt: 12 Stationen der Kubakrise Unter der Kubakrise versteht man den vom 22. bis 27. Oktober 1962 herrschenden Konflikt zwischen den USA und der UdSSR wegen der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba.

1. Der marxistisch orientierte Fidel Castro stürzt Diktator Batista (13. Februar 1959).
2. USA brechen diplomatische Beziehungen zu Kuba ab (3. Januar 1961).
3. Vom CIA unterstützte Invasion in der Schweinebucht scheitert (17. April 1961).
4. US-Handelsembargo gegen Kuba (4. Februar 1961).
5. UdSSR will Kuba mit Waffen und Ausbildern versorgen (3. September 1962).
6. USA warnt UdSSR vor Angriffen auf lateinamerikanische Staaten (5. September 1962).
7. UdSSR warnt USA vor Angriff auf Kuba (11. September 1962).
8. US-Marine unterbindet von Kuba ausgehende Handelstransporte (21. September 1962).
9. UdSSR baut Hafen in der Bucht von Havanna (26. September 1962).
10. Luftaufnahmen zeigen sowjetische Raketen auf Kuba; USA fordern Raketenabzug (18.10.62).
11. Seeblockade der USA gegen sowjetische Frachter (24. Oktober 1962).
12. UdSSR kündigt Raketenabzug von Kuba an (28. Oktober 1962).

DDR: Deutschland, Deutschland: „ Die DDR gab sich alle Mühe, nach außen wie ein selbstbestimmtes, modernes Staatswesen zu erscheinen. Ihre Gründer verstanden den Staat jenseits der Elbe als wirtschaftliches und politisches Gegenmodell zur Bundesrepublik. Die Verfassung der DDR garantierte ihren Bürgern die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das „ gleiche Recht auf Bildung“ und freie Berufswahl, eine „gesunde Wohnung“ und vor allem „Das Recht auf Arbeit“. Der Staat, so hieß es im Artikel 15, „sichert durch Wirtschaftslenkung jedem Bürger Arbeit und Lebensunterhalt. Soweit dem Bürger angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. „ Dieselbe Verfassung droht ihren Bürgern in Artikel 6 drakonische Strafen und den Verlust der Ehrenrechte für „Boykotthetze“ sowie die Bekundung von „ Glaubens-, Rassen- und Völkerhass“ an. Was man darunter zu verstehen hatte, entschieden meistens in Schnellkursen ausgebildete „Volksrichter“, die in der DDR ein Willkürregiment politischer Justiz errichteten. Dieses schon in der Verfassung eingebrannte Spannungsfeld von staatlicher Vollversorgung einerseits und totaler politischer Kontrolle andererseits zeichnete die DDR 40 Jahre lang aus. An diesem Geburtsfehler sollte sie später auch zugrunde gehen. „(Quelle: Kleinauszug Studie S.59 : Claus Christian Malzahn ISBN 3-89331-660-4)

Zeitenwende-Deutschland in einer neuen Welt: „Nach dem Untergang der DDR 1989/90 und dem Sieg der demokratischen Revolutionen in Osteuropa, die das Ende des Weltkommunismus und der alten Nachkriegsordnung besiegelten, glaubten viele, darunter kluge Köpfe, die Geschichte werde nun in einem wohlverdienten Tiefschlag fallen. Was sollte denn wohl noch passieren, wenn Demokratie und Freiheit überall friedlich auf dem Vormarsch waren? Die so dachten, irrten gründlich. Zwar brannte der Zusammenbruch des sowjetischen Machtblocks die Gefahr eines nuklearen Weltbrands, die Zeit der großen Konflikte schien vorbei zu sein. Sogleich aber entluden sich vielerorts – wie etwa auf dem Balkan im Vielvölkerstaat Jugoslawien – nationale und religiöse Spannungen in jahrelangen, blutigen Bürgerkriegen. Ruhe und Beschaulichkeit, so sehr sich das die meisten nach den aufregenden Jahren wünschen mochten, war auch den Deutschen nicht vergönnt. „Blühende Landschaften“, die, wie von Zauberhand und praktisch ohne etwas zu kosten, schon bald entstehen sollten, versprach Kanzler Kohl den Ostdeutschen und gewann damit (mit FDP) die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Dezember 1990. Das war nicht nur ein leichtfertiges Versprechen des Kanzlers der Einheit, sondern leider waren auch viele Menschen leichtgläubig genug, es für bare Münze zu nehmen. Aber das es Jahrzehnte dauern würde, bis alle Deutschen einen ähnlichen Lebensstandard haben würden, müsste heute doch eigentlich jedem klar sein, der sich die riesige Kluft zwischen der Wirtschaftskraft West- und Ostdeutschlands vor Augen hielt. Aber wer schaute schon genau hin? Erst nach und nach enthüllte sich in vollem Ausmaß, wie ruiniert die alte DDR im Grunde war.“ (Quelle: Kleinauszug aus ISBN 3-446-20748-1 „Deutsche Geschichte“ Geschichtsstudie von Peter Zolling Seite 347)

Europa: Das Ende des Kommunismus in Europa war ein wirtschaftlicher Fakt? Keine Kriege! „Kaum waren die kommunistischen Regime in Europa zusammengebrochen, da hieß es schon, das sei unvermeidlich gewesen. Und zwar häufig von denselben Menschen, die nur wenige Monate zuvor noch angenommen hatten, dass keine sowjetische Führung jemals den Übergang von einer kommunistischen zu einer nichtkommunistischen Herrschaft in einem Land des Warschauer Paktes tolerieren würde. Auf die verschiedenen Gründe, weshalb die Regime sich so lange halten konnten, wird in Kapitel 28 eingegangen, und die langfristigen Ursachen für das Scheitern und den Zusammenbruch des Kommunismus sind Gegenstand von Kapitel 29. Im folgenden Kapitel wird der Frage nachgegangen, weshalb und wie die kommunistischen Staaten in Europa ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt auseinanderbrachen: in den Jahren 1989/90.“

„Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir von dem allerwichtigsten Grund ausgehen, weshalb die osteuropäischen kommunistischen Staaten nicht schon *früher* zusammengebrochen sind: nämlich wegen der wiederholten Bereitschaft der sowjetischen Führungsriege, als letztes Mittel so viel Gewalt einzusetzen wie nötig, um die kommunistischen Systeme in den ihnen wichtigen Ländern zu bewahren. Albanien und Jugoslawien hatte man gestattet, von der Sowjetunion unabhängig zu werden, allerdings blieben auch sie, auf ihre Weise, weiterhin kommunistisch. Bis Mitte der achtziger Jahre hatte die Sowjetunion jedoch eindeutig zu verstehen gegeben, dass die Bewahrung dessen, was ihre führenden Politiker „Sozialismus“ nannten, in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Ostdeutschland, Bulgarien und, in einem geringeren Ausmaß, Rumänien nicht zur Diskussion stand.“

„Hinzu kam: Die Bevölkerungen der Länder in Ostmitteleuropa, genau wie die Regierungen in den Hauptstädten Westeuropa und in Washington, *glaubten* auch daran, dass die Sowjetunion entschlossen war, um jeden Preis die kommunistische Herrschaft im gesamten „Ostblock“, wie man ihn seit langem nannte, zu bewahren. Wahrnehmungen spielen in der Politik eine große Rolle, und die Osteuropäer waren fest überzeugt, dass sie, wenn sie sich mit den eigenen Regierungen anlegten, sich gleichzeitig auch mit der Sowjetunion anlegten. Selbst in Polen, wo die bei weitem größte und eindrucksvollste Oppositionsbewegung in einem kommunistischen Staat entstand, war die Solidarnosc Mitte der achtziger Jahre zu einer Untergrundorganisation degradiert worden, die nur noch ein Schatten ihrer selbst war. Wenn die polnische Bevölkerung die Gewissheit gehabt hätte, dass auf keinen Fall eine sowjetische Invasion drohte, dann wäre es

den inneren Sicherheitskräften schwerer gefallen, die Solidarnosc zu unterdrücken. Ein *bewaffneter* Widerstand kam in keinem dieser Länder in Frage, nicht nur wegen der unverhältnismäßigen Überlegenheit der sowjetischen Armee, sondern auch wegen der starken Integration der Streitkräfte osteuropäischer Staaten in die von der Sowjetunion dominierte Struktur des Warschauer Paktes. „

Daraus folgte wiederum: „Falls die sowjetische Führung jemals die „Breschnew-Doktrin“, wie sie seit 1968 genannt wurde, aufgeben sollte – also den Anspruch, dass sie „das Recht und die Pflicht“ hätte, in einem „Bruderland“ zu intervenieren, um den „Sozialismus“ gemäß der von Moskau vorgegebenen Definition zu bewahren-, dann würde der Weg für rasante und dramatische Veränderungen auf dem ganzen Kontinent frei werden. Eine Mehrheit der Staaten in Osteuropa nach sowjetischen Vorbild wäre schon lange vor 1989 nicht mehr kommunistisch gewesen, wenn Moskau nicht um jeden Preis den Status quo hätte erhalten wollen. Diese Fixierung auf Kontrolle hatte sich 1956 in Ungarn gezeigt, 1968 in der Tschechoslowakei und 1981 in dem nachhaltigen Druck auf die polnische Führung, die „Ordnung“ wiederherzustellen. Obendrein hatten die westlichen Länder die Spaltung Europas in den ersten Nachkriegsjahren akzeptiert, zu einer Zeit, als vor allem die Vereinigten Staaten der Sowjetunion weit überlegen waren. Im Jahr 1985 waren die USA zwar womöglich immer noch stärker, aber weil beide Seiten über genügend Atomwaffen verfügten, um den anderen mehrfach zu vernichten, war der militärische Vorteil bedeutungslos (im Gegensatz zu dem wirtschaftlichen). Die internationale Lage hatte sich gegenüber der am Ende der 40er Jahrzehnte grundlegend verändert. Eine wechselseitige Abschreckung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt beruhte auf Gegenseitigkeit und wurde ernsthaft von keinem in Betracht gezogen, um die politische Karte Europas zu verändern. Selbst bei den immer wieder aufflammenden Spannungen um Berlin (Berlinkrisen) wurde nie zugelassen, dass die Schwelle zu einem militärischen Konflikt überschritten wurde, weil es offensichtlich war, dass er zu einem vernichtenden Atomkrieg eskalieren konnte. Wenn ein Krieg ausgebrochen wäre, so wäre es wahrscheinlich die Folge eines Unfalls oder Irrtums gewesen: ein technischer Defekt oder menschliches Versagen. Die potentiellen Konsequenzen wären so horrend, dass das „Gleichgewicht des Schreckens“, wie man sagte, langfristig in der Tat verrückt wäre.“ (Quelle: Kleinzitat über diese wissenschaftliche Meinung von Archie Brown 2009 über den Aufstieg und Fall des Kommunismus auf Seite 696-698 auszugswise ISBN 978-3-549-07367-4 propylaeen-verlag.de als Autor in seinem Buch -)

Quelle für nachfolgende Kurztexte: www.bpb.de >Publikationen>pocket- zeitgeschichte – ISBN 978-3-89331-804-9 Aufl.1 2007 von Verena Artz -

DDR: Was sollte die Freie Deutsche Jugend (FDJ) in der DDR bewirken ?

Am 7.März 1946 wurde die FDJ in der DDR gegründet. Mitglied sollen Jugendliche ab 14 Jahren werden. Vorsitzender wird Erich Honecker (KPD/SED), später Egon Krenz (SED). Die FDJ entwickelt sich schnell zu einer SED-nahen Organisation und versteht sich als deren „Kampfreserve“. Hier konnte man die Jugend zu guten SED-Bürgern erziehen, man hatte alle im Griff. Ab 1.Dezember 1949 wurden FDJ-Abzeichen „Für gutes Wissen“ verliehen. Vergeben wurde es nach einer Prüfung über den Marxismus-Leninismus in den Stufen Gold, Silber und Bronze. Allerdings verstanden viele Jugendliche nicht den Sinn und Zweck der FDJ und entwickelten ihre persönliche Ideologie später gegen die DDR als Unrechtsstaat. Am 1.März 1952 erscheint täglich eine FDJ-Zeitung, die „Junge Welt“. Sie sollen wiederum die Jugend für die Stärkung ihres Staates mobilisieren und die kommunistische Erziehung der jungen Generation fördern.

1945-1947 Deutschland: schlimme Nachkriegszeit

Am 10.Mai 1945 unterzeichnete US-Präsident Truman Richtlinien für die Besatzungspolitik der Alliierten – Großbritannien, Frankreich-Russland und den USA in der amerik. Besatzungszone. Darin wird die Ausschaltung von Militarismus und Nazismus gefordert. Der Kernsatz lautet: „Deutschland wird nicht zum Zwecke seiner Befreiung besetzt, sondern als besiegter Feindstaat“. Deutschen wird jede politische Betätigung, die nicht genehmigt ist, verboten. Der Alliierte Kontrollrat aus den besetzten Zonen Deutschlands nach Kriegsende schätzt die Zahl der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen aus Ost-,Mittel-und Südosteuropa auf bislang 9,6

Millionen. Sie waren wochen-oder monatelang unterwegs mit Hunger, Kälte, Krankheit und Tod als ständigen Begleitern. Die Flüchtlinge und Vertriebenen werden in Lager und Notquartiere eingewiesen oder bei Privatfamilien untergebracht. Hungerwinter: Der Winter 1946/47 ist einer der kältesten Mitteleuropas. Die Menschen frieren und hungern. Eis und Schnee legen den Verkehr zu Wasser und zu Lande weitgehend lahm. Getreidelieferungen aus den USA liegen in den Häfen fest, Kartoffel- und Getreidelieferungen für das Ruhrgebiet kommen erfroren an, Vieh aus Bayern kann nicht transportiert werden. Angesichts der Notsituation infolge des Hungerwinters verzichtet die SMAT (sowjetische Militäradministration/Besatzer) auf Reparationslieferungen aus der Konsumgüterindustrie und stellt die Demontagen ganzer Industrieanlagen, die bereits bis Ende 1946 1000 Werke in die UdSSR gebracht hatte und ca. 6300 km das zweite Eisenbahngleis in Deutschland abgebaut und ebenfalls in die UdSSR transportiert hatten, ein. Dem extremen kalten Winter folgt ein extrem heißer Sommer mit einer katastrophal schlechten Ernte. Das Jahr 1947 bleibt in Ost und West vom Hunger geprägt. Im August 1947 ordnet der sowjetische Militärgouverneur die Einstellung der Entnazifizierung zum 27. Febr. 1948 in der SBZ – sowj. besetzte Zone an. Bis Ende 1947 werden über 500.000 Personen aus dem Staatsdienst entfernt und durch Kommunisten ersetzt.

West: Heimkehrergesetz

Am 19. Juni 1950 tritt das HeimkehrerG in der Bundesrepublik in Kraft, die erste gesetzliche Maßnahme zur Linderung der Kriegsfolgen: Ehemalige deutsche Kriegsgefangene erhalten u.a. ein Entlassungsgeld von 150 DM, Übergangshilfen und Steuererleichterungen.

West: Deutschlandvertrag

Am 26. Mai 1952 sieht der Deutschlandvertrag in der Bundesrepublik die Aufhebung des Besatzungsstatus vor, die BRD soll **souverän** werden. Den Westmächten verbleiben Sonderrechte bezüglich Berlin und **Deutschland als Ganzes** – einschließlich Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfragen. Bundesrepublik und Westmächte erklären die Wiedervereinigung Deutschlands auf freiheitlich-demokratischer Grundlage als gemeinsames Ziel. Zusätzlich entstand am 10. September 1952 das Luxemburger Abkommen. Die BRD sichert Israel sowie der „Jewish Claims Conference“ für **Vermögensverluste der Juden** außerhalb Israels eine Entschädigung von 3,5 Mrd. DM als materielle Wiedergutmachung an den jüdischen Opfern des NS-Regimes zu. Das Abkommen wird gegen deutliche Widerstände vom Bundestag im März 1953 ratifiziert (gültig). Ebenfalls wurde am 1. September 1952 das Gesetz über den **Lastenausgleich** beschlossen. Es soll die Verluste der deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge ausgleichen. Einschließlich staatlicher Zuschüsse erhalten diese bis Dezember 1980 rund 104 Mrd. DM.

DDR- MfS- und DDR Gründung

Am 8. Februar 1950 wurde die Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) besiegelt.

Die DDR selbst gründete sich am **7. Oktober 1949** (vgl. Link)

<http://www.hdg.de/lemo/html/Nachkriegsjahre/EntstehungZweierDeutscherStaaten/gruendungDerDDR.html>

Am 7. Oktober 1949 wird auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone die „DDR“ proklamiert, ein militärischer Vorposten der Sowjetunion in Mitteleuropa. In der sowj. Besatzungszone und im sowj. besetzten Sektor Berlins wird unter sowj. Kontrolle auf der Basis einer verstaatlichten Wirtschaft eine kommunistische Einparteiherrschaft etabliert. Die allein regierende SED schaltet die bürgerlichen Parteien sowie die Gewerkschaften gleich und unterdrückt jede politische Opposition. Freie Wahlen werden nicht abgehalten.

DDR- Die Stasi (MfS)

Am 1. März 1951 nimmt das MfS sein Untersuchungsgefängnis in „Berlin-Hohenschönhausen“ in Betrieb. Dort werden bis 1989 vor allem politische Gefangene inhaftiert und drangsaliert. Die Stasi wird zu einem mächtigen Apparat ausgebaut, mit deren Hilfe der Staat die Bevölkerung umfassend überwachen kann. Anfangs verfügt sie über 1000, 1989 über etwa 90.000 im Gehalt stehende hauptamtliche Mitarbeiter. Hinzu kommen rund 170.000 IM -Informanten aus der Be-

völkerung. Zum Beispiel wurden im Juni 1951 fast 30 Mitglieder einer Oppositionsgruppe in Werder/Havel verhaftet. Sie hatten Flugblätter verteilt und Informationen über Verhaftete für die KPU gesammelt. Einige werden zum Tode, andere zu teilweise langjährigen Haftstrafen verurteilt. Im Oktober 1951 folgte ein Prozess gegen 19 Oberschüler aus Werdau/Sachsen, die ebenfalls zum Widerstand gegen das SED-Regime aufgerufen und Flugblätter verteilt hatten. Er endet noch am gleichen Tag mit hohen Haftstrafen. Bis 89 wurden Hunderttausende politische Verfolgte verhaftet.

Ost und West: Fernsehbetrieb aufgenommen

Am 5. Juni 1950 gründete sich in Hamburg die „Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik, die ARD. Kurz nach der Gründung der ARD erfolgte am 11. Juni 1950 der erste Spatenstich für das neue TV-Centrum Adlershof in Ostberlin/ DDR. Am 25. Dezember 1952 nimmt der NWDR (Nordwestdt. Rundfunk) mit einer zweistündigen Sendung den Fernsehbetrieb auf. Fernseher kosten drei Monatsgehälter, so gibt es nur wenige Geräte (rd. 4600) im Westen. Die Zuschauer verfolgen die Sendung daher in Kneipen oder in den Schaufensterläden von Elektroläden. In der DDR startete zu Ehren von Stalin seines 74. Geburtstages, und vier Tage vor dem Sendebeginn in Westdeutschland, Ost-Berlin seine erste Sendung. Die Versuchsphase mit der Nachrichtensendung der „Aktuellen Kamera“ wird bei nur 75 Geräten, ausschließlich in Ostberlin die zumeist in Klubhäusern und Betrieben standen, ausgestrahlt. Mit 3.500 Ostmark sind Fernseher für die meisten Privathaushalte unerschwinglich. Fernseher der Marke „Leningrad“ gab es erstmalig nur 60 x nur auf Ost-Berlin verteilt.

DDR-Fussball

Der Fußballclub Dynamo Dresden wird am 12. April 1953 offiziell gegründet. Insgesamt wird er 8 Mal DDR-Fußballmeister, das erste Mal 1953 und das letzte Mal 1990.

DDR – schlimme Ereignisse im Jahr 1953/54

Im Frühjahr 1953 gehen Behörden gegen Einrichtungen der evangelischen Kirchen vor, vor allem gegen junge Gemeinden. Diese organisieren die kirchlichen Jugendaktivitäten, von Jugendfreizeiten bis zu Studentengemeinden, und machen damit der FDJ (SED konforme Organisation) Konkurrenz. Die DDR-Behörden reagieren mit Verhaftungen, massiven Verfolgungen und Schikanen.

Am 16. Juni 1953 treten in Ost-Berlin 80 Bauarbeiter in den **Streik**. Sie protestieren gegen die vom Ministerrat im Mai angeordnete Erhöhung der Arbeitsnormen um rund 10 %. Weitere Kollegen schließen sich an, schließlich demonstrieren 10.000 Menschen.

Der 17. Juni 1953, der am 3. Juli 1953 vom Bundestag fortan als „Tag der Deutschen Einheit“ und als gesetzlichen Feiertag im Westen zu begehen ist, weitet sich in der DDR zu einem **„Aufstand gegen die DDR-Regierung und die SED“**, in mehr als 250 Orten und Städten, aus. Viele Hunderttausend Menschen protestierten in der ganzen Republik mit Streiks und Kundgebungen. Die Demonstrationen werden von sowjetischen Soldaten und den DDR-Volkspolizisten gewaltsam aufgelöst, Panzer werden gegen die Demonstranten eingesetzt. Über 167 der 217 Land- und Stadtkreise der DDR verhängen sowjetische Kommandeure den Ausnahmezustand. Es galt das Kriegsrecht. Durch den Aufstand wurde erkennbar, dass die SED unbedingt den bewaffneten Schutz der Russen benötigte, denn ohne das massive Eingreifen des sowjetischen Militärs wäre die Herrschaft der SED im Juni 53 mit großer Wahrscheinlichkeit zusammengebrochen. Das SED-Regime nahm Tote und Verhaftete billigend in Kauf. Am 30. Januar 1954 hat das Oberste Gericht der DDR „Großbauern“ wegen Widerstand gegen die Kollektivierung zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Am 25. März 1954 erkennt die UdSSR die DDR als souveränen Staat an. Sie soll nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten entscheiden. Im September 1955 wird dies in einem Vertrag zwischen beiden Staaten formal bestätigt. Die Hohe Kommission der UdSSR (vormals SKK) wird in eine Botschaft umgewandelt.

DDR – Umbenennung + Gründung + Verbote

1954 gründet sich in der DDR die „*Deutsche Lufthansa*“. 1956 nimmt sie den Betrieb auf, 1958 wird sie in „Interflug“ umgenannt. Am 1. Juli 1954 wird der „*Eulenspiegel-Verlag*“ gegründet. Er gibt mit den „Eulenspiegel“ die einzige Satirezeitung und die beliebteste Zeitschrift in der DDR heraus. Ab dem Monat August 1954 dürfen DDR-Bürger im Jahr nur noch 12 Pakete aus dem Westen erhalten. Inhalt und Mengen werden vom Staat vorgeschrieben.

West – NATO + Hallsteindoktrin

Die BRD wird am 9. Mai 1955 Mitglied der NATO, eines 1949 von den USA, Kanada, und 10 westeuropäischen Staaten gegründeten Verteidigungsbündnis. In ihrem Rahmen beginnt der Aufbau der Bundeswehr, die am 12. November offiziell gegründet wird. 22. September 1955: Verkündung der „Hallsteindoktrin“ im Bundestag: nach dieser behält die BRD sich vor, die Beziehungen zu einem Land abubrechen, das die DDR diplomatisch anerkennt. Ausgenommen davon ist die Sowjetunion, mit der im Dezember 1955 diplomatische Beziehungen aufgenommen werden.

Europa – Euro

Der Euro ist die gemeinsame Währung von mittlerweile 16 EU-Mitgliedstaaten (gesamt 27 Mitglieder). Am 31. Dezember 1998 wurden die Währungen von zunächst 11 Staaten fixiert und der Euro als Buchgeld eingeführt. Seit 2002 gibt es den Euro als Bargeld. (Quelle vgl hier .S. 5 Mitte bpb.de)

DDR: FDGB - Soziale Sicherung in der DDR 1949-1990

„Die Sozialversicherung wurde nach der Gründung der DDR zu einer Einheitsversicherung für Arbeiter und Angestellte umgebaut. Schon im Vorfeld waren in der sowjetischen Besatzungszone die Grundlagen für das zentralstaatliche Ordnungsgefüge der Institutionen gelegt worden. Das Ziel der staatlichen Einheitsversicherung unter der Verwaltung des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) war die Abschaffung des dezentralen Systems der Sozialversicherung, der Selbstverwaltung neben staatlicher Intervention und der differenzierten Versicherungsorganisation. Festzuhalten ist, dass kein eigenständiges zentralstaatliches Sozialpolitikministerium installiert wurde (Schmidt 1998a S.119). Neben der einheitlichen Mindessicherung war die Arbeitsplatzgarantie ein Spezifikum der ostdeutschen Sozialversicherung, ferner gehörten auch die Förderung von Familien und Frauen sowie die staatliche Wohnungsvergabe dazu. Im Zuge der Transformation erfolgte die Abschaffung des Beamtentums. Kirchliche Personengruppen wurden von der Versicherungspflicht entbunden, und so wurde eine „Sozialversicherung bei der Staatlichen Versicherung der DDR „ für die Selbstständigen unter den Bauern und Handwerkern eingerichtet. „

„Neben der einheitlichen Pflichtversicherung gab es Sonderversorgungssysteme im Bereich der Alterssicherung für politisch privilegierte Gruppen. Dazu zählen: besonders qualifizierte Personen aus Wissenschaft, Technik, Medizin oder Kunst, welche keine gesteigerte Auswanderungsneigung zeigten, wie ebenso für wichtiges Personal, das im Staatsapparats tätig war. Zu diesen privilegierten Gruppen gehörten die Mitarbeiter des Amtes für Staatssicherheit (MfS), der Volkspolizei, NVA, und des Strafvollzugs. In den Kreis der Empfänger von sog. Ehrenpensionen (VVN-Rentner) konnte man bei „herausragenden Leistungen in Kampf um den Frieden und den Sozialismus“ aufgenommen werden. „(Schmidt 1998a,S.118). „Das Recht auf Arbeit bedeutete für das SED-Regime eine besondere Herausforderung. Die Betriebe waren als zweite Organisationsträger der Sozialpolitik neben dem FDGB für die Arbeitsplatzgarantie zuständig. Ein rigider Kündigungsschutz sorgte für die Gewährleistung der Arbeitsplätze im Rahmen der gesamtwirtschaftliche Planung. Da Profit- und Rentabilitätskriterien eine untergeordnete Rolle spielten, schuf die staatliche Leitung somit auch den wettbewerbsfreien Hintergrund, vor dem die Betriebe ihrer sozialpolitischen Arbeitsplatz-Beschaffungsaufgabe nachkommen konnten. „ (Quelle: Titel: „Der Sozialstaat“ vom Autor Frank Pilz, Bonn 2009, ISBN 978-3-89331-937-4 – Prof.Dr.Frank Pilz lehrt Politikwissenschaft an der Uni Regensburg und an der Hochschule für Politik München)

Anmerkung: In der DDR hatte man ein Recht und die Pflicht zur Arbeit. Es gab Berufsverbote, ansonsten drohte jedem Inhaftierung wegen „Arbeitsbummelei“. Die DDR war eine Diktatur, entsprechend gab es keine demokratische Verwaltung, keinen Bescheid mit Widerspruchsmöglichkeiten. Die SED bestimmte den Kurs für jedem SED-Bürger- es war Willkür-.

Deutschland: Die strafrechtliche Aufarbeitung der Todesschüsse an der Berliner Mauer
„Wegen der Gewalttaten an der Berliner Mauer erhebt die Berliner Staatsanwaltschaft in den Jahren nach 1990 insgesamt 112 Anklagen gegen 246 Personen: gegen „Mauerschützen“ und gegen ihre militärischen und politischen Befehlsgeber. Alle Verfahren sind abgeschlossen. Knapp die Hälfte der Angeklagten wird freigesprochen: in manchen Fällen ist der Todesschütze nicht zu ermitteln, in anderen ein Tötungsvorsatz nicht nachzuweisen. Schüsse und bewaffnete Deserteure werden durch höchstrichterliche Rechtsprechung sogar legitimiert: Nach dem DDR-Militärstrafgesetz von 1962, so der BGH, stellte Fahnenflucht ein Verbrechen dar. Die Tötung von Deserteuren sei deshalb entschuldigt, weil den Todesschützen in diesem „Spezialfall“ die Rechtswidrigkeit ihres Tuns nicht offensichtlich sein konnte.“

Insgesamt 132 Angeklagte werden wegen verschiedener Totschlagdelikte, als unmittelbare oder mittelbare Täter, als Gehilfen oder wegen Beihilfen, rechtskräftig verurteilt: darunter zehn Mitglieder der SED-Führung, 42 Mitglieder der militärischen Führung und 80 Grenzsoldaten.

Zu den Berliner Verfahren kommen 21 Anklagen gegen 39 Todesschützen sowie 10 Anklagen gegen 12 Offiziere der Grenztruppen als deren Vorgesetzte durch die Staatsanwaltschaft Neuruppin hinzu; der Tatort liegt in diesen 31 Verfahren am Außenring um West-Berlin.

Neunzehn der angeklagten Todesschützen werden wegen Totschlags zu Freiheitsstrafen auf Bewährung, ein Grenzsoldat wird wegen Mordes an Walter Kittel zu 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Siebzehn Angeklagte werden freigesprochen; gegen zwei Grenzsoldaten können die Prozesse wegen Verhandlungsunfähigkeit nicht eröffnet werden. Alle 12 angeklagten Grenztruppen-Offiziere werden zu Freiheitsstrafen auf Bewährung verurteilt.

Angesichts der Einmauerung der gesamten Bevölkerung, der Tötung, Verletzung, Kriminalisierung und Diskriminierung einer großen Zahl von Menschen erscheinen vielen die Zahl der Freisprüche zu hoch und die verhängten Strafen zu niedrig. Das Leid vieler Familien und das Unrecht, das mehreren Generationen in der DDR angetan worden ist, bleiben strafrechtlich weitgehend ungesühnt. Verdienst der Strafjustiz jedoch bleibt, durch die Ermittlungen und Prozesse die Menschenrechtsverletzungen in der DDR und das SED-Unrecht umfassend dokumentiert zu haben. „ Quelle „Die Berliner Mauer“ ISBN 978-3-89331-828-5, Auszug aus Seite 164/5 erhältlich bei www.bpb.de siehe [LINK](http://www.bpb.de/publikationen/JUVV4V,0,0,Die_Berliner_Mauer_The_Berlin_Wall.html)

Deutschland: Fluchten aus der DDR

„Dreieinhalb Millionen Menschen flüchteten zwischen 1945 und 1961 aus der SBZ/DDR in die Bundesrepublik. Ursache: sie haben Verwandte im Westen, ihr Vermögen, Grund und Boden wurde von den DDR-Behörden enteignet, als Christen wurden sie benachteiligt und Mindergruppen verfolgt, die Versorgung war schlecht und die politische Freiheit stirbt. Beschlüsse der SED zum beschleunigten Aufbau des Sozialismus, Preiserhöhungen für Lebensmittel und Rentenkürzungen sowie die Erhöhung der Arbeitsnormen lösten den Volksaufstand am 17.Juni 1953 vor dem Mauerbau 1961 aus, der in Forderungen nach freien Wahlen und Wiedervereinigung gipfelte. Sowjetische Panzer und Soldaten schlugen mit Hilfe des SED-Regime den Aufstand nieder. Dadurch verstärkte sich die Fluchtbewegung 1953 aus der DDR dramatisch. In den Folgejahren schwillt sich mit jeder Repressionsmaßnahme und jedem politischen Ereignis, das die Spaltung Deutschlands vertieft, erneut an: es folgte 1955 die Unterzeichnung des Warschauer Paktes, 1956 nach der Gründung der Nationalen Volksarmee, 1957 mit der Verschärfung des Kampfes gegen die Kirchen und 1960 begann die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. Das SED-Regime reagiert härter: Bereits 1952 sperren militärische Einheiten die

Grenze zur Bundesrepublik mit Stacheldraht ab. Gleichzeitig werden in Berlin Straßen zwischen Ost und West und die direkten Fernspreverbindungen gesperrt. Wegen des alliierten Status der Stadt Berlin läuft der Verkehr über die verbleibenden 81 Sektorenübergänge trotz der wirtschaftlichen und politischen Teilung weiter –und auch die Fluchten“ ...Quelle S.25 The Wall....

Deutschland: Letzter Zug in die Freiheit - 5.Dezember 1961 -

„Lokführer Harry D. und seine Frau Ingrid möchten mit ihren vier Kindern nicht eingesperrt in der DDR leben. Anfang Dezember 1961, kurz nach der Schließung der DDR, sickert unter den Bahnbeschäftigten durch, dass eine noch befahrbare Gleisverbindung nach West-Berlin bald unterbrochen werden soll. Harry D. fasst den Plan, unverzüglich mit einem Dampfzug über dieses Gleis nach Westberlin zu fliehen. Verwandten und Freunden teilt er am 5. Dezember 1961 den Abfahrtstermin mit: Heute um 19.30 h fährt der letzte Zug in die Freiheit.“ Gegen 20.50 h passiert der von Harry D. gesteuerte Zug den ostdeutschen Endbahnhof Albrechshof, fährt über die Grenze und hält auf West-Berliner-Gebiet. 25 Passagiere bleiben im Westen, sieben kehren freiwillig nach Ost-Berlin zurück. Der Dampfzug wird von einer DDR-Lok in den Osten zurückgezogen. Schon am nächsten Tag wird die Eisenbahnstrecke unterbrochen. Schienen werden herausgerissen und Sperren errichtet: Die Grenze wird unpassierbar gemacht. Nie wieder gelingt es einem Zug, die Sperranlagen zu durchbrechen.

Tausende Menschen werden bis Ende des Jahres 1961 wegen kritischen Äußerungen und Proteste gegen den Mauerbau verhaftet. Die DDR-Gefängnisse sind so voll, dass selbst Stasi-Minister Erich Mielke Mitte Dezember 1961 klagt: „ Es ist nicht möglich, die gegenwärtig hohe Zahl von Festnahmen noch länger beizubehalten.“ Doch offener Protest wird seltener, Schweigen die Regel. Resignation breitet sich aus. „

Quelle: Quelle „Die Berliner Mauer“ ISBN 978-3-89331-828-5, Auszug aus Seite 52/3 [www.bpb.de](http://www.bpb.de/publikationen/JUVV4V,0,0,Die_Berliner_Mauer_The_Berlin_Wall.html)
http://www.bpb.de/publikationen/JUVV4V,0,0,Die_Berliner_Mauer_The_Berlin_Wall.html

Deutschland: Häftlingsfreikauf aus der DDR

„Rund 12.000 politische Häftlinge in DDR-Gefängnissen sind der Bundesregierung Anfang der 1960er Jahre namentlich bekannt. Häufig mit Terrorurteilen der SED-Justiz belegt, besteht für sie wenig Hoffnungen auf baldige Freiheit. Schon seit den 1950er Jahren bemühen sich westdeutsche Einrichtungen um ihre Freilassung- ohne Erfolg.“ 1963 erklärt sich die DDR nach zähen Verhandlungen erstmals bereit, acht Häftlinge gegen eine Barzahlung von 340.000 DM an die Bundesrepublik zu verkaufen. Weiterhin werden jährlich 500 – 1500 politische Gefangene an die Bundesrepublik verkauft. Verhandlungspartner auf der Ostseite ist Rechtsanwalt Dr.Wolfgang Vogel, auf der Westseite das gesamtdeutsche, später das innerdeutsche Ministerium. Mit einem Bus werden die Freigekauften zumeist über den Grenzübergang Herleshausen von Deutschland Ost nach Deutschland West verfrachtet. Um zukünftige Transaktionen nicht zu gefährden, wird ihnen absolutes Stillschweigen auferlegt. Der Kopfpriis wird zunächst individuell ausgefeilscht, je nach beruflicher Ausbildung und der Höhe der verhängten Strafe. Mitte der 1960er-Jahre tritt an die Stelle eines individuellen ein Durchschnittspreis von 40.000 DM pro Häftling; bis Ende der 1980er-Jahre steigt er auf 95.847 DM an. Die Bezahlung erfolgt nicht mehr bar, sondern in Form von Warenlieferungen über das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche. Für die DDR ist dieser Menschenhandel eine wichtige und verlässliche Devisenquelle, denn ihr politisches Strafrecht sorgt dafür, dass fortlaufend neue Häftlinge für den Verkauf zur Verfügung stehen.

Quelle: „Die Berliner Mauer“ ISBN 978-3-89331-828-5, Auszug aus Seite 84/5 [www.bpb.de](http://www.bpb.de/publikationen/JUVV4V,0,0,Die_Berliner_Mauer_The_Berlin_Wall.html)
http://www.bpb.de/publikationen/JUVV4V,0,0,Die_Berliner_Mauer_The_Berlin_Wall.html

Deutschland: Transit - Verbindungen von West-Berlin in die Bundesrepublik durch die DDR

Nach dem Zweiten Weltkrieg teilten die vier Siegermächte – die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion–Deutschland in vier Besatzungszonen und Berlin in vier Sektoren auf. Berlin, das in der sowjetisch besetzten Zone lag, konnte über Zugangswege zu Lande, zu Wasser und in der Luft erreicht werden. Doch abgesehen von den drei Luftkorridoren waren die Vereinbarungen nicht genau definiert, so dass es auf den Verbindungswegen jahrzehntelang immer wieder Konflikte gab. Als die Sowjets 1948 den Alliierten Kontrollrat und auch die Alliierte Kommandantur von Berlin verließen, begannen sich West und Ost-Deutschland mit ihren Gesellschaftssystemen auseinander zu entwickeln.

1949 wurde die DDR gegründet und Ost-Berlin zur Hauptstadt erklärt. Die Rolle West-Berlins blieb ein ständiger Zankapfel: Die Sowjetunion forderte wiederholt den Abzug der West-Alliierten. Die Westmächte hingegen versicherten, die Freiheit West-Berlins zu verteidigen. Der Ost-West-Konflikt entwickelte sich zum Kalten Krieg. Die Blockade West-Berlins (24. Juni 1948-2. Mai 1949) war einer seiner Höhepunkte.

Die DDR trieb den Umbau in einen kommunistischen Staat voran. Doch die Kollektivierung der Landwirtschaft, Verstaatlichung privater Betriebe, Mangelwirtschaft und Repressionen gegen die Menschen und Kirchen führten dazu, dass Hunderttausende der DDR den Rücken kehrten. 1952 schloss die DDR die innerdeutsche Grenze und baute sie zu einem gefährlichen, militärisch abgesicherten Wall aus.

Um West-Berlin wurden ähnliche Maßnahmen durchgeführt. Aus den Sperrgebieten vertrieb man die Menschen. Nur die Grenze zwischen West- und Ost-Berlin war noch offen – ein Schlupfloch im „Eisernen Vorhang“, das viele DDR-Flüchtlinge nutzten. Am 13. August 1961 schob die DDR mit dem Mauerbau auch hier einen Riegel vor. Der Transitverkehr durch die DDR blieb bestehen, aber die Übergangsstellen an der Grenze wurden wie Festungen gesichert. Die westlichen Passagiere in Autos, Bussen und Eisenbahnen waren der Unberechenbarkeit der DDR-Grenzbehörden ausgesetzt. Erleichterungen brachte erst das Transitabkommen vom Dezember 1971. Die Bundesrepublik zahlte für die Visa und die Benutzung der Transitwege Jahrespauschalen. Außerdem gab sie bis 1989 rund 2,2 Milliarden D-Mark für die Instandsetzung und den Ausbau der Transitstrecken aus.

Das Transitabkommen enthielt Vorschriften, die genau eingehalten werden mussten. So war es verboten, die Transitwege zu verlassen, Personen unterwegs aufzunehmen, etwas entgegenzunehmen oder zu verteilen. Lastwagen mit Gütern wurden verplombt. Die Staatssicherheit überwachte die Raststätten – auch Intershops, Parkplätze, Tankstellen und Autobahnabfahrten. Bei Verstoß wurden die Reisenden befragt, kontrolliert oder auch festgenommen. Die „Republikflucht“ von DDR-Bürgern sollte unter allen Umständen verhindert werden.

Straßen transit - Grenzübergangsstelle Drewitz/Dreilinden

Wer Anfang der 1970er Jahre West-Berlin mit dem Auto, Bus oder LKW in Richtung Süden verließ, musste den Grenzkontrollpunkt Drewitz/Dreilinden passieren. Unter einem über die Autobahn gebauten Brückenhaus, dem „Checkpoint Bravo“ der West-Alliierten, mussten die Fahrer halten und einem West-Berliner Grenzbeamten das Fahrziel angeben. Man rief: „Helmstedt“, „Herleshausen“ oder „Rudolphstein“. Dann fuhr man weiter zum DDR-Grenzübergang Drewitz, der nach einem knappen Kilometer folgte. Die Anlage war 1969 nach militärtaktischen Planungen an dem neuen Autobahnabschnitt nordöstlich von Kleinmachnow errichtet worden und nahm ein etwa zwölf Hektar großes Gelände ein. Für Transitreisende gab es mehrere Fahrspuren, die in eine langgestreckte, offene Halle führten. Jeder versuchte, die kürzeste Autoschlange zu erwischen. Die Grenzpolizisten nahmen die Pässe oder Personalausweise der Fahrzeuginsassen entgegen, notierte die Zahl der Fahrgäste, legte die Pässe in eine Mappe und diese auf ein Laufband. Die Fahrzeuge folgten der Spur im Schrittempo, und am Ende der Halle konnte man die geprüften Ausweise mit einem Transitvisumstempel wieder in Empfang nehmen. Diese Prozedur dauerte in der Regel 20 Minuten und wiederholte sich nach Durchquerung der DDR- an der innerdeutschen Grenze.

Die Grenzstation Drewitz war, wie die innerdeutsche Grenze, mit Sperranlagen, Wachtürmen und Postenwegen abgesichert. Gebäude, die harmlos „Sonderobjekt Einreise“ oder „Sonderobjekt Ausreise“ hießen, erhielten Kontrollgaragen für verdächtige Fahrzeuge, Röntgenräume und Haftzellen mit vergitterten Fenstern und schalldichten Türen. Im „Dienstgebäude innerhalb“ befanden sich Räume für „besondere Befragungen“. Im extra abgesperrten „Dienstgebäude außerhalb“ waren die Kommandanten der Grenztruppen und die Leiter der Passkontrolleinheiten untergebracht, die sich mittels fester Kameras jederzeit einen Überblick über die Grenzübergangsstelle verschaffen konnten. Für die fast 1000 Mitarbeiter auf der Grenzstation standen im „Mehrzweckgebäude“ ein Speisesaal, Schulungsräume und eine Verkaufsstelle der Mitropa zur Verfügung. Die Abwicklung an der Grenze teilten sich Grenztruppen, Zoll und Passkontrolleinheiten. Letztere unterstanden dem Ministerium für Staatssicherheit, trugen aber die Uniform der Grenztruppen. Sie hatten die höchste Weisungsbefugnis.

Der Grenzübergang Drewitz, den die DDR gern als einen der größten Europas bezeichnete, wurde zum Vorbild für später errichtete Anlagen wie in Marienborn (1974) oder in Stolpe (1982). Der Zweck all dieser ausgeklügelten Kontrolleinrichtungen: das Aufspüren möglicher Flüchtlinge. Zahlreiche Fluchtversuche, im Kofferraum oder unter den Waren in Lastwagen, fanden hier ein jähes Ende. Erst nach dem Fall der Mauer entdeckte man Röntgenanlagen der Stasi, die damit in den 80er Jahren fast alle ausreisenden Fahrzeuge an den innerdeutschen Grenzübergängen durchleuchtete. Eine Flucht über den Straßentransit war seitdem praktisch ausgeschlossen.

Von dem Grenzübergang Drewitz ist heute nur noch der Kommandantenturm, ehem. Führungsstelle der Grenztruppen, erhalten. Es steht unter Denkmalschutz und wurde zwischen 2005 und 2007 von den Bürgerverein Checkpoint Bravo e.V. restauriert. Nun dient es als Erinnerungsstätte mit einer Ausstellung über das Ausmaß und Funktion der Grenzübergangsstelle Drewitz, die der Bürgerverein betreut.

Gewässertransit – Grenzübergangsstellen am Teltowkanal

Das weit verzweigte Wasserstrassensystem in und um Berlin schuf natürlich Übergänge zwischen Ost und West. Zu DDR-Zeiten gab es an den Wasserstraßen, die nach West-Berlin führten, acht streng gesicherte Grenzübergänge. Drei lagen an der innerdeutschen Grenze (Marschallbrücke, Britzer Zeigkanal, Osthafen/Treptow), fünf dienten dem Transitverkehr an der Grenze zwischen der DDR und West-Berlin. Wiederum zwei davon befanden sich an dem fast 40 Kilometer langen Teltowkanal: bei Dreilinden/Drewitz und etwas weiter bei Kleinmachnow.

Die Grenze zwischen West-Berlin und der DDR verlief teilweise in der Mitte des Teltowkanals. Ein etwa 10 Km langes Teilstück südlich von Kleinmachnow jedoch durchquerte die DDR, so dass die Grenze hier zweimal gesichert werden musste. Dies war allerdings erst ab 1981 nötig. Denn seit dem Zweiten Weltkrieg war der Teltowkanal gesperrt gewesen. Erst nachdem deutsch-deutschen Transitabkommen und nachdem der West-Berliner Senat 70 Millionen DM für die Instandsetzung und den Ausbau des Kanals investiert hatte, wurde er wieder eröffnet. Er war nun für Schiffe der Europaklasse befahrbar, die auf diesem Wasserweg nach West-Berlin bis zu 50 Km gegenüber anderen Zugängen über das Wasser einsparten. An diesen Grenzstellen des Teltowkanals wurden etwa 350 Schiffe monatlich von Passkontrolleinheiten und des Zolls mit Spürhunden durchsucht, bevor sie passieren durften.

Interzonenzüge- Grenzbahnhof Griebnitzsee

Die wichtigste Grenzstation für die Interzonenzüge, die zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik hin und her fuhren, war der Bahnhof Griebnitzsee in Potsdam Babelsberg. Seit den 1950er Jahren fanden hier Kontrollen statt. Nach dem 13. August 1961 baute die DDR den Bahnhof Griebnitzsee zu einer zentralen Grenzübergangsstelle für den Interzonenverkehr aus, über die sämtliche Strecken nach West-Berlin geführt wurden. Nur die Strecke „Hamburg-West-Berlin“ sollte noch einige Monate über Albrechtshof (nahe Spandau) laufen. Einige Tage vor der Fahrplanänderung, am 6. Dezember 196, durchbrach dort ein Personenzug die Grenze, um einige hundert Meter weiter in West-Berlin zu halten. 24 der 32 Fahrgäste hatten von dem Fluchtplan gewusst.

Nach diesem Vorfall stattete die DDR alle Grenzstationen mit „ Schutzweichen oder Gleissperren“ aus, die erst durchfahren werden konnten, wenn ein Zug freigegeben worden war. 1976 wurde der ebenfalls hochgesicherte Grenzbahnhof Staaken eröffnet, so dass sich die Züge von und nach Hamburg den Umweg über Griebnitzsee wieder sparen konnten. Für eine Fahrt im Interzonenzug durch die DDR einschließlich der Grenzabfertigungen musste man mit vier bis sechs Stunden rechnen. Während der Fahrt überprüften die Kontrolleure die Ausweise und verteilten Visa, inspizierten Toiletten und öffneten Klappen auf der Suche nach verdächtigen Gegenständen oder Flüchtlingen. Das Bahnhofsgelände war extra ummauert, Grenzposten mit Maschinenpistolen und Schäferhunden umstanden den Zug. Nach dem Signal zur Weiterfahrt musste der Zug eine gewisse Geschwindigkeit aufnehmen, um zu verhindern, dass Flüchtlinge aufspringen. Dann endlich kamen die ersten Stationen in West-Berlin, Wannsee, Charlottenburg und der Bahnhof Zoologischer Garten.

Quelle: Titel „ Mauerübergänge Berlin“ ISBN 978-3-86711-055-6 Stadtwandel Verlag, Auszüge Seite 4 - 18 von Autoren: Christine Borgelt und Regina Jost (Transit-Grenzverkehr-Flucht)

Europäische Union (EU) -Kurzbeschreibung-

Die EU ist ein Verbund europäischer Staaten, die wirtschaftlich und politisch eng zusammenarbeiten. Seine Vorgeschichte reicht bis 1951 zurück. Damals gründeten Frankreich, Westdeutschland, Italien und die Benelux-Länder (belgien, Niederlande, Luxemburg) die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, genannt *Montanunion*, und betrieben fortan ihre Kohle- und Stahlproduktion in gemeinsamer Absprache. 1957 gingen sie einen Schritt weiter und gründeten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

Ziel war, alle Zölle zwischen den Mitgliedsstaaten Schritt für Schritt abzubauen und am Ende einen gemeinsamen Binnenmarkt zu schaffen, für den Staatsgrenzen keine Bedeutung mehr haben. Über viele Zwischenstufen war dieses Ziel 1993 erreicht. Seitdem sind alle Zölle zwischen den Mitgliedstaaten abgeschafft. Es gelten vier Freiheiten, und zwar für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital: Waren können zollfrei von einem Land ins andere transportiert werden; die Staatsbürger der EU-Staaten können sich in allen EU-Ländern frei bewegen; auf dauer dort arbeiten (= Dienstleistungen anbieten) und wohnen. Ebenso kann Geld ohne Beschränkung von einem EU-Land in das andere überwiesen werden, was umso leichter mit dem Euro seit 2002 wurde, mit Ausnahme der Länder Großbritannien, Dänemark und Schweden.

In der EU sind 27 Staaten.

Belgien (BE)	Hauptstadt: Brüssel
Italien (IT)	Hauptstadt: Rom
Rumänien (RO)	Hauptstadt: Bukarest
Bulgarien (BG)	Hauptstadt : Sofia
Lettland (LV)	Hauptstadt: Riga
Schweden (SE)	Hauptstadt: Stockholm
Dänemark (DK)	Hauptstadt: Kopenhagen
Litauen (LT)	Hauptstadt: Vilnius
Slowakei (SK)	Hauptstadt: Bratislava
Deutschland (DE)	Hauptstadt: Berlin
Luxemburg (LU)	Hauptstadt: Luxemburg
Slowenien (SI)	Hauptstadt: Ljubljana

Estland (EE)	Hauptstadt: Tallinn
Malta (MT)	Hauptstadt: Valletta
Spanien (ES)	Hauptstadt: Madrid
Finnland (FI)	Hauptstadt: Helsinki
Niederlande (NL)	Hauptstadt: Amsterdamm
Tschechien (CZ)	Hauptstadt: Prag
Frankreich (FR)	Hauptstadt: Paris
Österreich (AT)	Hauptstadt: Wien
Ungarn (HU)	Hauptstadt: Budapest
Griechenland (GR)	Hauptstadt: Athen
Polen (PL)	Hauptstadt: Warschau
Großbritannien (GB)	Hauptstadt: London
Irland (IE)	Hauptstadt: Dublin
Portugal (PT)	Hauptstadt: Lissabon
Republik Zypern (CY)	Hauptstadt: Nikosia

Beiträge zum Zweck der Aufarbeitung mit DDR-Themen und politischer Bildung an Interessierte - Zeitgeschichte /Zusammenstellung von sed-opfer-hilfe.de Stand: Jan./Febr. 2011

(weitere kurze Beiträge folgen)